

6.10 WLAN für alle – ohne Überwachung und überteuerte Kosten!

AntragstellerIn: Christoph Gaa (Darmstadt-Dieburg)

Tagesordnungspunkt: 6. Anträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen sprechen sich für freie WLAN Netze und eine Unterstützung der
- 2 Freifunk-Initiativen aus. Sie empfehlen den Kreis- und Ortsverbänden und auch allen Mitgliedern
- 3 Freifunkrouter aufzustellen. Das Providerprivileg soll auf Betreiber*innen offener WLANs
- 4 ausgedehnt werden.
- 5 Der Referentenentwurf des Bundeswirtschaftsministeriums des 2. TMGÄndG, der die Zukunft vieler
- 6 Freifunk-Initiativen bedroht, ist abzulehnen.
- 7 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen stellen den Überwachungsphantasien der Bundesregierung
- 8 entgegen
- und kämpfen für freie Internetzugänge wie den Freifunk.

Begründung

Surfen mit dem Tablet im Park, Preisvergleich auf dem Handy im Einkaufszentrum oder das Chatten mit Freund*innen im Zug. Immer öfter nutzen wir mobile Zugänge zum Internet im Alltag. Der freie Zugang und die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet ist eine der zentralen Fragen von Teilhabe in unserer Zeit. Bis 2018 wird mit einer Verzehnfachung des mobilen Datenverkehrs gerechnet. Aber nicht überall gibt es ein schnelles mobiles Datennetz. Außerdem ist die Nutzung oft durch die Daten-Drosselung der Anbieter beschränkt. Der Ausbau von kostenlosen und frei zugänglichen WLAN-Zugängen im öffentlichen Raum – z.B. auf dem Marktplatz, der Schule, in Bäckereien oder der Bibliothek – gewinnt dadurch an erheblicher Bedeutung.

Wir wollen WLAN ohne überteuerte Kosten!

Wir GRÜNE wollen, dass alle Menschen die Vorzüge der Digitalisierung nutzen können. Der Internetzugang außerhalb der eigenen Wohnung darf nicht vom Geldbeutel abhängen und ein Luxusgut werden. Im Gegensatz dazu stehen einzelne kommerzielle Anbieter, die teils horrenden Preise von den Nutzer*innen fordern. Das ist nicht nur unverschämte, sondern grenzt viele Menschen vom Zugang zu digitalen Informationen aus. Wir wollen daher auf europäischer Ebene eine Regulierung der Kosten für kommerzielle WLANs anstoßen – so wie es mit Regulierung der Roaming-Gebühren im Mobilfunk auch erfolgreich geklappt hat. Dadurch beenden wir diese unlauteren Praktiken und treiben die Digitalisierung in ganz Europa voran. Das Anbieten des Internetzugangs via WLAN ist auch ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Der ÖPNV gewinnt für die Menschen an Attraktivität, wenn Busse und Bahnen mit WLAN ausgestattet werden. Wir wollen deshalb bei Ausschreibungen eine passende Vorgabe als Beauftragung verankern und schnellstmöglich landesgeförderte Modellprojekte für WLAN in Bussen und Bahnen starten.

GRÜNE – Teil der Freifunkbewegung!

Zur Digitalisierung tragen auch tausende Menschen bundesweit bei, die seit Jahren als Freifunker*innen dezentrale und selbstverwaltete freie WLANs aufbauen. Durch die Bereitstellung und Einrichtung von Freifunkroutern helfen sie dabei, möglichst flächendeckend freie und kostenlose Zugänge zum Internet zu schaffen, die es erlauben anonym und unzensuriert das Internet zu nutzen. Auch wir GRÜNE sind Teil der Freifunkbewegung und stehen an der Seite dieser Menschen. Wir unterstützen die Freifunk-Philosophie seit langem politisch und praktisch, arbeiten mit vielen

Freifunk-Initiativen vor Ort zusammen und fördern deren Arbeit. In den letzten Monaten und Jahren haben viele GRÜNE Fraktionen in Räte und Kreistage Anträge eingebracht, um den Ausbau von Freifunk zu fördern. In vielen GRÜNEN Büros stehen bereits Freifunk-Router. Wir empfehlen unseren Bezirks-, Kreis- und Ortsverbänden und auch allen Mitgliedern: Stellt in euren Büros oder zu Hause Freifunk-Router auf und leistet damit einen aktiven Beitrag zur Überwindung der digitalen Spaltung, indem ihr freie Zugänge zum Internet schafft!

Gabriels Pläne stellen Freifunk vor das Aus

Es gibt jedoch ein großes Hindernis für den Ausbau freier WLANs: Die sogenannte Störerhaftung. Im Mai 2010 hat der Bundesgerichtshof (BGH) zur Störerhaftung bei offenen und ungesicherten WLANs eine Entscheidung verkündet, die zu einer erheblichen Rechtsunsicherheit auf Seiten von WLAN-Betreiber*innen führte: Begeht jemand über ein offenes WLAN z.B. eine Urheberrechtsverletzung – egal ob bewusst oder nicht –, wird die Betreiber*in des WLANs in Mithaftung genommen. Für viele kleine Unternehmen wie Kneipen, Bars, Cafés aber auch öffentliche Einrichtungen, wurde die Bereitstellung eines rechtssicheren offenen WLANs damit zu einer unüberwindbaren Hürde. Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren für eine einfache und zielführende Lösung ein, die Ausweitung des Providerprivilegs auf Betreiber*innen offener WLANs. Menschen gehören nicht bestraft und kriminalisiert, nur weil sie etwas Gutes tun, in dem sie anderen Menschen einen Internetzugang zur Verfügung stellen. Denn bereits heute haften Telekommunikationsanbieter*innen (Provider wie die Telekom, Vodafone und Co.) nicht für die Dinge, die ihre Kund*innen über ihre Zugänge tun – ansonsten wäre ein ganze Branche nicht mehr existent. Trotz allem Druck und einer ersten Bundesratsinitiative der Rot-GRÜNEN Länder im Jahr 2012, blocken die verschiedenen Bundesregierungen seit Jahren unseren Vorschlag ab.

Überwachungsphantasien der Bundesregierung

Es kommt noch schlimmer: Der jetzt vorliegende Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums bedroht die Zukunft vieler Freifunk-Initiativen massiv! Durch eine geplante Anmeldepflicht schafft die Bundesregierung ein zumindest für Kleinanbieter*innen kaum beherrschbares Bürokratiemonster und einen riesengroßen Bremsklotz für den WLAN-Ausbau in Deutschland. Selbst die eigenen Ausbauziele der Bundesregierung werden so konterkariert. Für Privatanbieter*innen geht der Entwurf sogar noch weiter: Sie sollen künftig den Namen der Personen kennen, die über ihr WLAN online gehen. Dieser Vorschlag ist weder praktikabel noch ist er unter Aspekten des Datenschutzes akzeptabel. Die – heute bereits rechtlich geschützte – Möglichkeit der anonymen Nutzung des Internets muss gerade in Zeiten anhaltender Überwachungs- und Geheimdienstskandale und der immer größeren Datensammelwut von Unternehmen, möglich bleiben und verteidigt werden. Das Surfen bei einem Cappuccino in einer Bar oder beim Warten am Bahnhof muss auch weiterhin anonym möglich sein!

Neben den fatalen Plänen der Bundesregierung zur Störerhaftung, plant die Bundesnetzagentur mit der zukünftigen Verpflichtung zur Bereitstellung von Überwachungsschnittstellen in größeren WLANs bereits den nächsten Frontalangriff auf den flächendeckenden Ausbau dieser Technik. Das enorme Risiko, das Hunderttausende unbescholtener Bürgerinnen und Bürger von diesen Überwachungsmaßnahmen mitbetroffen sind, wird ignoriert. Denn anders als bei der Überwachung eines einzelnen privaten Anschlusses, teilen sich WLAN-Nutzer*innen einen Zugang und werden damit allesamt zum Ziel der staatlichen Überwachung.

GRÜN kämpft für das freie Internet!

Wir GRÜNE stellen uns den Überwachungsphantasien der Bundesregierung entgegen und kämpfen für freie Internetzugänge wie den Freifunk! In Hessen, im Bund und Europa streiten wir auch weiterhin für eine verbraucherfreundliche und rechtssichere Regelung der Störerhaftung. Den Überwachungsplänen durch die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung oder die Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung auf WLANs werden wir uns klar entgegenstellen.

Unterstützer*innen

Vera Baier (KV Darmstadt-Dieburg); Friedrich Battenberg (KV Darmstadt-Dieburg); Renate Battenberg (KV Darmstadt-Dieburg); Jörg Lüdemann (KV Darmstadt-Dieburg); Erich Pawlik (KV Hochtaunus); Björn Canders (KV Frankfurt); Sabine Crook (KV Darmstadt); Stefan Opitz (KV Darmstadt); Günter Linke (KV Rheingau-Taunus); Gaby Colpe-Decker (KV Main-Taunus); Wolfram Bartussek (KV Darmstadt)